

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Harm Rykena und Stephan Bothe (AfD)

**Was tut die Landesregierung bezüglich der „linksradikalen Veranstaltungsreihe Roter Oktober“ an der Universität Lüneburg?**

Anfrage der Abgeordneten Harm Rykena und Stephan Bothe (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 24.10.2019

Am 14. Oktober berichtete das Lüneburger Hochschulmagazin *Univativ* über „Roter Oktober in Lüneburg - Linksradikale Veranstaltungsreihe“ und der Kritik der liberalen Hochschulgruppe an der Veranstaltung. (Quelle: <https://www2.leuphana.de/univativ/roter-oktober-in-lueneburg-linksradikale-veranstaltungsreihe/>)

Im Bericht ist zu lesen, dass der Titel der Veranstaltung im Nachhinein geändert wurde und so nicht vom Studierendenparlament (StuPa) genehmigt worden war:

„Der Antrag zur Querfinanzierung wurde ins StuPa Ende Juli eingebracht und einstimmig verabschiedet. Jedoch war zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede vom Titel ‚Roter Oktober‘ und einer linksradikalen Veranstaltungsreihe finanziert aus Mitteln der Studierendenschaft. Der Projekttitle lautete ‚Veranstaltungsreihe zu Erinnerungskultur und Antisemitismus‘ mit dem Projektziel: ‚Aufklärung über NS-Verbrechen und ihre Aufarbeitung, Politisierung von Studierenden, Sensibilisieren für Antisemitismus; NS-Verbrechen als Ausgangspunkt für gesellschaftliche Selbstbeurkundung, im Wissen um die Vergangenheit die Gegenwart (selbst)kritisch reflektieren.‘“

Weiterhin kritisiere die Liberale Hochschulgruppe, „dass der StuPa-Antrag keine so umfangreiche Veranstaltungsreihe mit diesem Titel vorsah, das eingereichte Konzept sei völlig verändert worden.“

An der Organisation und Durchführung der „linksradikalen Veranstaltungsreihe“ in Lüneburg sind linksextreme oder linksextrem beeinflusste Gruppen und Organisationen wie die

- Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen, die am 2. November den Antifa-Stadtrundgang veranstaltet,
- Salt City Antifa, die mehrere Veranstaltungen, darunter „Rechte Ökologie“, „Das Konzept der Antifa - Entstehung, Kritik, Zukunft“ oder „Antifa heißt Kapitalismuskritik! Eine Einführung“, veranstaltet,
- NIKA Hamburg, die bei den Veranstaltungen „Das Konzept der Antifa - Entstehung, Kritik, Zukunft“ oder „Antifa heißt Kapitalismuskritik! - Eine Einführung“ als Referenten auftreten.

(Quelle: <https://roteroktoberlueneburg.noblogs.org/>)

Der niedersächsische Verfassungsschutz beobachtet generell antifaschistische Organisationen, während NIKA (Nationalismus ist keine Alternative) laut Verfassungsschutzbericht des Bundes 2018 eine Kampagne des kommunistischen Bündnisses „...ums Ganze!“ (uG) ist, eines „Zusammenschlusses eigenständiger, lokal verankerter Gruppen der autonomen Szene“ (vgl. Verfassungsschutzbericht des Bundes 2018, S. 144). Die Organisation „uG“ wird auch im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 2018 erwähnt (vgl. Niedersächsischer Verfassungsschutzbericht 2018, S. 71 bis 72).

1. Wie bewertet die Landesregierung die Organisation einer „linksradikalen Veranstaltungsreihe“ an der Universität Lüneburg, die von zum Teil linksextremistischen Gruppierungen mitorganisiert wird?
2. Welche Maßnahmen wird und kann die Landesregierung in Bezug auf die linksradikale Veranstaltungsreihe „Roter Oktober“ ergreifen?

3. Inwiefern sind eine aus staatlichen Mitteln finanzierte Hochschule und ihre Entscheidungsgremien wie das Studierendenparlament oder der Allgemeine Studierendenausschuss zur Wahrung der Neutralität verpflichtet (bitte mit Nennung rechtlicher Grundlagen)?
4. Was tut die Landesregierung, um eine linksextremistische Beeinflussung der Studierenden an niedersächsischen Hochschulen in Zukunft zu unterbinden?
5. Welche Maßnahmen hätte die Landesregierung ergriffen, wenn an einer niedersächsischen Universität eine rechtsradikale Veranstaltungsreihe durchgeführt worden wäre?

(Verteilt am 30.10.2019)